

|   |                                 |   |
|---|---------------------------------|---|
| <b>ANTRAG</b><br><br>Stadtrat Klaus Stapf (GRÜNE)<br>Stadträtin Ute Schulze-Harzer (GRÜNE)<br>GRÜNE-Gemeinderatsfraktion<br>vom 16. Januar 2008 | Gremium:                        | <b>47. Plenarsitzung des Gemeinderates</b>    |
|   | Termin:<br>Vorlage Nr.:<br>TOP: | <b>19.02.2008</b><br><b>1276</b><br><b>14</b> |
| <b>Erweiterte Berufsorientierung an Karlsruher Schulen</b>  |                                 |   |

Die Stadt Karlsruhe geht mit je einer Haupt- und Realschule sowie einem Gymnasium eine langfristige Partnerschaft in der erweiterten Berufsorientierung ihrer Schüler ein. Die Schüler erhalten, über alle Schuljahre hinweg, einen vertieften Einblick in die Berufsrealität der städtischen Auszubildenden, Angestellten und Arbeiter. Die Stadt Karlsruhe wirbt bei ihren Töchtern dafür, sich dem Projekt anzuschließen und übernimmt die Koordination.

Das Projekt wird mit den jeweiligen Schulen und mit wissenschaftlicher Unterstützung der PH Karlsruhe, unter Einbindung der Kammern und der Arbeitsverwaltung, entwickelt.

Ziel ist, dass möglichst viele Karlsruher Unternehmen angeregt werden, sich diesem Projekt anzuschließen, sodass jede Schule einen oder mehrere Partner hat.

**Sachverhalt / Begründung:**

Untersuchungen zum Thema Berufsorientierung von Kindern und Jugendlichen belegen, dass Schüler und Schülerinnen aller Schulformen am Ende ihrer Schulzeit nicht ausreichend über die Arbeits- und Berufswelt informiert sind.

Zwar ist Berufsorientierung Bestandteil des Curriculums sowohl in der Hauptschule (OiB) und Realschule (BORS) als auch im Gymnasium (BOGY), allerdings beschränken sich die Kontakte zur Arbeitswelt in der Hauptsache auf ein 1 bis 2-wöchiges Praktikum.

Dies ist nach Stand der Wissenschaft nicht ausreichend für eine tragfähige Berufsorientierung, mit der Folge, dass Schüler und Schülerinnen aller Schularten nach Beendigung ihrer Schule häufig viel Zeit bei der Erkundung der Arbeitswelt und der

---

Entwicklung tragfähigen Berufsentscheidungen verlieren. Dies ist in Zeiten eines prognostizierten Nachwuchsmangels nicht länger hinnehmbar.

Pilotprojekte, wie z. B. die Lernpartnerschaft zwischen der Energieversorgung Leverkusen und der Käthe-Kollwitz-Schule in Leverkusen, zeigen, dass die langfristige Kooperation von Unternehmen und Schulen einen kontinuierlichen Austausch der Lern- und Arbeitswelt über die gesamte Schulzeit ermöglicht.

Neben den bereits bekannten Schulpraktika, gehören hierzu besonders

- Praktika in geschlechtsuntypischen Bereichen (Technik für die Mädchen/Sozialer Bereich für die Jungen)
- Besuche der städtischen Azubis und Beschäftigten in der Schule
- gemeinsame Projekte.

Dadurch kann bei den Schülern und Schülerinnen

- die Lernmotivation generell gesteigert,
- geschlechtsspezifische Berufswahlmuster aufgebrochen,
- Warte- und Orientierungsschleifen nach der Schulentlassung verkürzt und
- Ausbildungsabbrüche verhindert werden.

Für die Stadt Karlsruhe liegen die Vorteile in

- der Erhöhung der Transparenz kommunalen Handelns,
- der Rekrutierung potenzieller Auszubildenden und Mitarbeiter und
- der Vorbildfunktion für andere Unternehmen.

Die Stadt Karlsruhe (mit ihren Töchtern) verfügt über ein breit gefächertes Ausbildungsangebot in 40 verschiedenen Berufen und ist idealer Partner für ein Projekt der erweiterten Berufsorientierung. Durch gezielte Werbung bei Karlsruher Betrieben sollen möglichst viele Unternehmen eine Partnerschaft mit einer Schule eingehen. Neben dem Imagegewinn können diese auch mit einem Vorteil bei der mittelfristig einsetzende Konkurrenz um Nachwuchskräfte rechnen.

unterzeichnet von:

Klaus Stapf

Ute Schulze-Harzer

Hauptamt - Sitzungsdienste -

8. Februar 2008